

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/96

23. Mai 1975

Statt Vermögensbildung ein Armutszeugnis

Die "vermögenepolitische Initiative der CDU/CSU" ist eine gelungene Selbstdarstellung der Union

Von Prof. Dr. Alex Müller MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Bundesfinanzminister a.D.

Seite 1 und 2 / 48 Zeilen

Ein Bild ohne Konturen

Kritische Bemerkung zu den allmonatlichen Zahlen über die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 3 und 4 / 48 Zeilen

Die Familie kann von der Union nichts erwarten

Bundestagsdebatte offenbarte die Konzeptionslosigkeit der Opposition

Von Manfred Marschall MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie
und Gesundheit

Seite 5 / 37 Zeilen

Nach Bonn geschieht

Zur Mainzer Regierungserklärung des CDU-Vorsitzenden Kohl

Von Herbart Bermeitinger
Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Seite 6 und 7 / 44 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhof 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 00 37 - 39
Telefax: 06 66 646 - 45 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 3766 11

Statt Vermögensbildung ein Armutzeugnis

Die "vermögenspolitische Initiative der CDU/CSU" ist eine gelungene
Selbsterstellung der Union

Von Professor Dr. Alex Müller MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Bundesfinanzminister a.D.

An 21. Mai 1975 hat die CDU/CSU-Fraktion dem Deutschen Bundestag einen Entwurf zur Vermögensbildung vorgelegt. Dies sei, wie der CDU-Abgeordnete Pieroth ausführte, eine Initiative zur Verwirklichung der CDU-Vermögensbildungsprogramme. Hierzu ist zu sagen:

Es handelt sich nicht um einen Entwurf, sondern um eine allgemeine Darlegung von Grundsätzen, die praktisch alle konkreten Details, die in einem Gesetzentwurf zu regeln wären, vermissen läßt.

Es kann auch nicht von einer "Initiative" gesprochen werden, sondern lediglich von einem Antrag, mit dem der Bundestag aufgefordert wird, zu beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Die formal in Antragsform gekleideten "Grundsätze" sehen die "Freiwilligkeit" der Vermögensbildung vor - es gehört nicht allzuviel an politischer Initiative dazu, zur freiwilligen Vermögensbildung aufzufordern.

In den sogenannten "Grundsätzen" heißt es ferner: "Das vorgesehene Vollerrechnungsverfahren bei der Körperschaftsteuer zur Beseitigung der Doppelbelastung der Kapitaleigner und Anteilseigner ist als eine geeignete Maßnahme der breiteren Eigentumstreue anzusehen." Damit bestätigt die CDU/CSU ungewollt, daß es sich bei dieser "geeigneten Maßnahme" um ein Vorhaben der Koalition handelt, das zum Steuerreformprogramm gehört und

schon längst als konkrete Initiative in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht wurde.

Die "Grundsätze" sehen die Beseitigung steuerrechtlicher Hemmnisse bzw. die Gewährung von steuerlichen Anreizen vor. Am 18. März 1975 hatte die CDU/CSU-Fraktion beschlossen, "bis auf weiteres keine ausgabeerhöhenden oder einnahmevermindernden Anträge" zu stellen.

"Gewinn- und Kapitalbeteiligungen sollen grundsätzlich allen Arbeitnehmern eines Unternehmens angeboten werden." Dieser schöne "Grundsatz" überläßt das Ausmaß der Beteiligung und mögliche Ausnahmen dem Prinzip der Freiwilligkeit des Unternehmers, wofür der Weg von Einzel- oder Betriebsvereinbarungen vorgeschlagen wird.

Bei Rückgabe oder Auszahlung der Anteile sollen die Interessen der Beteiligten "angemessen" gewahrt und "angemessene" Fristen nicht überschritten werden - diese Angabe kennzeichnet die konkreten Vorstellungen der CDU/CSU in durchaus angemessener Weise.

Die Arbeitnehmeranteile sollen gegen Insolvenz gesichert werden, "ohne daß dies zu einer Mehrbelastung der Unternehmen führen darf" - die Arbeitnehmer dürfen ihre Beteiligungswerte also selbst versichern.

Interessenvertreter der Arbeitnehmer, die nach den CDU/CSU-Grundsätzen von diesen "nach eigener Wahl" zu bestimmen sind, können, wenn "die Gefahr besteht, daß sie die Interessen Dritter vertreten", ausgeschlossen werden. Diese Formulierung kennzeichnet das Prinzip der freiwilligen Partnerschaft, von dem die CDU/CSU ausgeht, in besonders prägnanter Weise. Strauß in Sonthofen: "Eine der dümmsten Vorstellungen, die man haben kann, den Arbeitnehmer am Produktivkapital unbedingt beteiligen zu müssen."

Fazit: ein Entwurf, der kein Entwurf ist, eine Initiative, die keine Initiative enthält, freiwillige Partnerschaft, bei der der Unternehmer das letzte Wort hat - eine wirklich gelungene Selbstdarstellung der CDU/CSU.

(-/23.5.1975/ka/pr)

+ + +

Ein Bild ohne Konturen

Kritische Bemerkung zu den ökonomischen Zahlen
Über die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die Debatte im Bundestag über arbeitsmarktpolitische Hilfen hat wieder einmal deutlich gemacht, daß das vorliegende Zahlenmaterial eine gründliche Analyse der Struktur der Arbeitslosigkeit nicht zuläßt. Wir wissen zum Beispiel, daß wir eine Million Arbeitslose haben. Aber wir besitzen damit nur eine statistische Größe. Wir wissen ferner dank der vorliegenden Tabellen der Bundesanstalt für Arbeit, in welchen Branchen sich wieviel Arbeitslose befinden. Wir besitzen eine Aufteilung nach Geschlecht und wir können feststellen, ob es sich um deutsche oder um nichtdeutsche Arbeitsuchende handelt.

Es existiert jedoch keine Statistik, die uns Auskunft darüber geben könnte, wieviele der registrierten Arbeitslosen tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Wir wissen nicht, wieviele Arbeitslose die Lohnersatzleistung der Bundesanstalt sozusagen als Zwischenfinanzierung bis zur Erlangung des vorgezogenen Altersruhegeldes beziehen. Arbeitslose also, die nicht mehr zu vermitteln sind.

Wir wissen nicht, wieviele Frauen nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes gänzlich aus dem Erwerbsleben auszuschneiden gedenken oder zumindest gar nicht mehr die Absicht haben, einen Vollzeit-Arbeitsplatz auszufüllen. Und wir haben keine Kenntnis davon, wieviele der Arbeitslosen nicht mehr vermittlungsfähig sind, d.h. auch in der Hochkonjunktur keinen Arbeitsplatz finden würden. Ferner sagt uns keine Statistik, wieviele Arbeitslose zwar

als Stellungsuchende registriert sind, aber keine Leistungen empfangen, weil sie vorher nicht im Erwerbsleben gestanden haben.

Alle diese Daten fehlen, und so sind denn die Arbeitsmarktbeobachter auf private Recherchen in den Arbeitsämtern angewiesen. In Gesprächen mit den Beamten vernahmen sie dann zu ihrer Überraschung, daß die Zahl der tatsächlich zu vermittelnden Arbeitslosen auf 55 bis 65 Prozent der Gesamtzahl der Registrierten geschätzt wird. Derartige Mutmassungen bedürfen verlässlicher Stützen. Wohlgedenkt: Es geht nicht darum, etwa durch Zahlenpielereien den Umfang der Arbeitslosigkeit verharmlosen zu wollen und durch eine neue Zähltechnik Arbeitslose wegzumathematisieren. Es kann jedoch nicht befriedigen, wenn wir nur ein sehr ungenaues Bild der vorhandenen Lage Monat für Monat geliefert bekommen.

Man sollte die Gesamtzahl der Arbeitslosen durchaus nach bisherigem Muster erfassen und allmonatlich veröffentlichen. Daneben aber sollten das Bundesarbeitsministerium und die Bundesanstalt für Arbeit nach Wegen suchen, das statistische Monument in die einzelnen Sektoren zu zerlegen, damit die Politik im Bedarfsfall verlässlicher als heute auf die entstandene Lage reagieren kann.

Eine derartige Aufbereitung der Grunddaten müßte ja nicht in einem Strudel allmonatlicher Fragebogenfluten versinken. Es ließe sich denken, neben der Gesamterfassung im monatlichen Turnus (oder eventuell auch in etwas längeren Zeiträumen) einen sehr differenzierten Mikrozensus der Arbeitsmarktlage zu erstellen, der in der Lage wäre, die Lücke zwischen den Monatsberichten bisheriger Form und den jetzt noch im halbjährigen Turnus angefertigten Sonderberichten der Bundesanstalt zu schließen. Der Aufwand eines solchen Mikrozensus hielt sich in Grenzen, der Datenkranz wäre vervollständigt.

(-/23.5.1975/ks/pr)

+ + +

Die Familie kann von der Union nichts erwarten

Bundestagsdebatte offenbarte die Konzeptionslosigkeit der Opposition

Von Manfred Marschall MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Der familienpolitischen Debatte des Bundestages lagen eine Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur Situation der Kinder und der 2. Familienbericht der Bundesregierung zugrunde. Die Opposition hat bei dieser Debatte einmal mehr deutlich gemacht, daß sie nur dürftige Vorstellungen vorzubringen hat, die kaum als Konzept einer Familienpolitik bezeichnet werden können.

Ein Vergleich mit Äußerungen der früheren Familienministerin Brauksiepe (CDU) zeigt, daß fortschrittliche Tendenzen bei den Unions-Parteien in den vergangenen Jahren eher zum Aussterben verurteilt waren. So wie die CDU/CSU sich schon bisher nicht entscheiden konnte, der Regierung entweder vorzuwerfen, sie habe kein Konzept, oder sie habe ein böses Konzept, so wurde auch bei dieser Debatte die Gespaltenheit der Opposition deutlich: Einerseits sang Frau Dr. Wex kritiklose Lobeshymnen auf kritische Äußerungen der Sachverständigenkommission, andererseits wurde aus ihrer Fraktion scharfe Kritik an eben diesen Ansätzen geübt.

Es kann festgestellt werden, daß zwar weitgehend Einigkeit herrscht über die Notwendigkeit einer Einbettung der Familienpolitik in die allgemeine Gesellschaftspolitik, die Vorstellungen über Inhalte und Ziele aber weit auseinandergehen. Der CDU/CSU ist jedenfalls zu empfehlen, sich mit der Äußerung von Bundesministerin Dr. Katharina Focke auseinanderzusetzen: "In Wahrheit zerstört die Familie, wer sie als Herrschaftsordnung in der Außenwelt erhalten will, anstatt sie für Partnerschaft zu öffnen."

Über lange Strecken der siebenstündigen Debatte hinweg haben die Beiträge der Opposition an das Geschehen an einer Art Klegemauer erinnert, an der die Folgen von Übelständen wie hemmungslöser Motorisierung und Bodenspekulation, die die CDU/CSU 20 Jahre lang wachsen und gedeihen ließ, bejammert wurden.

Jedenfalls ist der CDU/CSU-Fraktion zu danken, daß sie der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen Gelegenheit gegeben hat, darzustellen, wieviele Anstrengungen in den letzten Jahren gemacht wurden, um die Situation der Kinder und der Familien Schritt um Schritt zu verbessern, dies bis an die Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit. Neben den 18 Milliarden, die für Kindergeld, Wohngeld und Ausbildungsförderung ausgegeben wurden, konnte eine Fülle kinder- und familienfördernder Maßnahmen aufgewiesen werden.

Es bleibt weiterhin viel zu tun. Die Sozialdemokratische Fraktion hat deutlich gemacht, daß sie sich auch in Zukunft entschieden für bessere Lebensbedingungen besonders für Kinder in unserem Lande einsetzen wird.

(-/23.5.1975/ka/pr)

+ + +

Nach Bonn geschickt

Zur Mainzer Regierungserklärung des CDU-Vorsitzenden Kohl

Von Herbert Barmettinger

Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Franz Josef Strauß wird gewiß nicht darauf verzichten, die Regierungserklärung seines Nicht-Wunsch-Kandidaten für die Kanzler-Kandidatur, des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl, zu lesen. Die Lektüre wird auch für Strauß aufschlußreich sein, wenn auch keineswegs überraschend: Kohl sagt auf sehr vielen Seiten sehr wenig, er muß mehr verbergen als er sagen kann, wenn er Themen anspricht, die ihm selbst fremd sind, etwa im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik, und er ist in hohem Maße inkonsequent und unlogisch.

Um ein zentrales Beispiel zu nennen: Kohl wendet sich am Beginn seiner Rede, eingedenk auch der Finanzlage seines Landes, gegen die "Inflation der Ansprüche", aber ein Dutzend Seiten später verliert er Sätze, die ihm sein Sozialminister Geißler aus Parteitageunterlagen für Mannheim in die Maschine getippt haben muß, die neue Erwartungshorizonte auslösen.

Man muß wissen: Kohl hat in Mainz eine Regierungserklärung abgegeben, zwar die Erklärung einer CDU-Regierung, aber nicht die einer CDU-Partei-gruppierung. Gleichwohl behauptet Kohl: "Wir haben wegweisende Initiativen mit dem Modell der 'Partnerrente' und mit dem Vorschlag für ein Erziehungs-geld ausgearbeitet." Wer "wir" ist, ist offengeblieben, denn einen Regierungsbeschluß über diese Vorlagen gibt es nicht, sondern nur unverbindliche Papiere, die Sozialminister Geißler als Vorsitzender

des CDU-Ausschusses für Sozialpolitik dem CDU-Bundesvorstand für den Mainheimer Parteitag vorgelegt hat. Aber das "wir" kann durchaus auch so entstanden sein, daß Kohl damit (ungewollt) bekundete, daß auch dieses CDU-Grundsatzpapier von der Mainzer Ministerialbürokratie und von der Bonner Dependence ausgearbeitet wurde. Nur: Seriös ist es nicht, wenn ein Mann, der von sich behauptet, ein geeigneter Kanzlerkandidat zu sein, noch nicht einmal von seinem Parteitag abgesegnet, übrigens milliardenschwere und keineswegs finanziell abgesicherte CDU-Papiere in eine Landesregierungserklärung einbaut.

Kohl hat in seiner Regierungserklärung auch eine Reihe von Passagen, die man aus der Sicht der SPD und der FDP, die in Mainz gemeinsam opponieren, unterschreiben kann. Aber Überwiegend handelt es sich dabei um Selbstverständlichkeiten, die eher Schaden nehmen, wenn sie zu häufig wiederholt werden.

Und dann gibt es schließlich noch Redeabschnitte, die erkennen lassen, daß nicht Kohl und seine angestammte Mannschaft im Lande allein am Werk waren, sondern die berufsmäßigen Sprüchenscher im CDU-Haus in Bonn. Nur: Glanzlichter konnten auch sie dieser matten Erklärung, diesem widersprüchlichen Werk des "Doppelstrategen" auf der landes- und bundespolitischen Bühne, nicht aufsetzen. Kohl sprach zwar in Mainz, aber er schielte mit anderthalb Augen nach Bonn und in die Bundesrepublik. Bekommen ist ihm dieses Spiel nicht, ebensowenig wie seine ungenügende Präsenz in Mainz der Regierungarbeit und damit dem Lande bekommt.

(-/23.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller